



Nichts, worüber man sich freuen konnte: Post von der Gestapo.

BREMEN

21. April 2026 | Seite 11

🕒 4 min.

Gestapo Bremen

Ganz normale Bremer als eifrige Denunzianten

Historikerin Anna Leinen beleuchtet erstmals umfassend die Geschichte der Bremer Gestapo

Frank Hethey

Bremen. Seinen Mieter Max Klingberg hatte Adolf Laue im Spätsommer 1934 nur noch selten angetroffen, im September gar nicht mehr. Zuletzt habe Klingberg „fast immer eine gefüllte Aktentasche“ bei sich gehabt, berichtete Laue der Gestapo, kurz für Geheime Staatspolizei.

Bei einer Zufallsbegegnung habe der frühere Redakteur dann ein „verstörtes Wesen“ gezeitigt. Das war für Laue der Anlass, am 28. September 1934 persönlich die Gestapo im Polizeihaus am Wall aufzusuchen. Sein Verdacht: Sein Mieter beteilige sich „an irgendwelchen illegalen politischen Sachen“.

Dem Fall Klingberg widmet die Historikerin Anna Leinen einigen Platz in ihrem neuen Buch, das unter dem Titel „Verfolgen und verfolgt werden“ erst-

mals die Geschichte der Bremer Gestapo umfassend beleuchtet. „Ganz normale Bremer haben ihre Mitbürger bei der Gestapo denunziert“, sagt die 28-Jährige. Wie bei Klingberg seien sie die Augen und Ohren der politischen Polizei in jedem Mietshaus gewesen.

Quellenlage ist eine Herausforderung

„Als normaler Bremer“, so Leinen, „konnte man die Verfolgungsarbeit der Gestapo massiv steuern.“ Vorm Polizeihaus seien wegen des starken Publikumsverkehrs sogar Fahrradständer installiert worden. Es sei erstaunlich, wie niedrig die Hemmschwelle bei Denunziationen gewesen sei – auch im eigenen Familienkreis.

An diesem Dienstag wird Leinen ihr Werk zur Gestapo im Staatsarchiv vorstellen. Aus Mainz stammend, kam sie 2016 zum Studium nach Bremen und ist geblieben. Die freischaffende Historikerin beginnt gerade ihre Doktorarbeit zu den Displaced Persons in Bremen zwischen 1945 und 1951.

Zuvor hat sie sich mehr als ein Jahr lang intensiv mit der Bremer Gestapo beschäftigt, dabei zahllose Akten durchforstet und sich mit dem Stand der Forschung vertraut gemacht. Schon deshalb ein ambitioniertes Unterfangen, weil die Quellenlage auf den ersten Blick ziemlich dürftig ist:

Einen halbwegs geschlossenen Aktenbestand gibt es nur aus den Jahren 1933 bis 1935. Danach wird die Überlieferung immer lückenhafter – das Ergebnis der gründlichen Aktenvernichtung der Gestapo kurz vor Kriegsende.

Doch deshalb ihre Geschichte einfach ad acta legen? Keine Option, wie der ehemalige Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) meint. Mit den Untersuchungen zur Polizei im Nationalsozialismus und dem Wüten der Bremer Polizeibattillone in der Ukraine hatte seine Behörde schon vor Jahren ein Zeichen gesetzt. Fehlte noch die Gestapo.

Mit dem Leiter des Staatsarchivs, Konrad Elmshäuser, und seinem Mitarbeiter Jörn Brinkhus habe er die Frage erörtert, wie man trotz schlechter Quellenlage das Thema befriedigend behandeln könne, sagt Mäurer. Die Antwort: durch einen gruppenbiografischen Ansatz. Zu den Verteidigungsstrategien und persönlichen Werdegängen etlicher Gestapo-Mitarbeiter gibt es nämlich direkt vor Ort im Staatsarchiv reichlich Quellenmaterial in Gestalt der Entnazifizierungsakten.

Insgesamt 367 Personen hat Leinen als Mitarbeiter der Bremer Gestapo ausgemacht: 261 Männer und 96 Frauen. „Ein überraschend hoher Frauenanteil“, sagt die Historikerin. Keineswegs alle seien in der NSDAP gewesen. „Das ist einer der vielen Mythen: dass man als Gestapo-Mitarbeiter in die Partei eintreten musste.“

Schenkt man den Angaben der Gestapo-Mitarbeiter nach 1945 Glauben, kam es im Polizeihaus zwar auch, aber nicht regelmäßig zu physischen Misshand-

lungen. Das allerdings, so Leinen, mache die Sache nicht besser. „Das Verbrechen lag im Pflichtbewusstsein begründet. Wer im Sinne der NS-Weltanschauung korrekt und pflichtbewusst handelte, der handelte inhuman, unabhängig davon, wie ‚sachlich‘ oder ‚ruhig‘ er oder sie dabei blieb.“

Bei den Opfern der Gestapo-Verhöre hinterließ nicht nur physische, sondern auch psychische Gewalt tiefe Spuren. Manche wurden ihre Traumata nie mehr los. Das geht aus den Entschädigungsakten hervor, die Anna Leinen neben Dienstplänen, Zeitungsartikeln und Stimmungsberichten ebenfalls heranzog – sie bilden den Gegenpol zu den Rechtfertigungsstrategien und den „Persilscheinen“ der Entnazifizierungsakten.

Wilhelm Kaisen als Entlastungszeuge

Sogar der damalige Bürgermeister Wilhelm Kaisen (SPD) betätigte sich als Entlastungszeuge für den Gestapo-Mann Heinrich Herrlein. Im Endergebnis kamen die meisten Gestapo-Mitarbeiter mehr oder weniger ungeschoren davon, während ihre Opfer oft jahrelang und vergeblich um Entschädigung kämpften. „Die Täter wurden mit Samthandschuhen angefasst“, empört sich Ulrich Mäurer, „im Gegensatz dazu stand der schäbige Umgang mit den Opfern.“

Letztlich bleibt als wesentliches Fazit, dass die Bremer Gestapo nur dank des Rückhalts der Stadtgesellschaft so reibungslos funktionieren konnte. „Es waren Menschen aus Bremen“, sagt Leinen, „die ihre Mitmenschen verfolgten, denunzierten, verhörten, verhafteten, deportierten und misshandelten.“

Auch für Mäurer ist das eine wesentliche Erkenntnis. „Die Gestapo war keine Behörde, die die Stadt von außen terrorisiert hat.“

Der Fall Klingberg verlief übrigens im Sande. Die Verdächtigungen seines Vermieters erwiesen sich als haltlos, wie die Gestapo nach einer Durchsichtung seines Zimmers und einer Vernehmung im Polizeihaus feststellte.

Die harmlose Erklärung für seine langen Abwesenheiten: Der ehemalige Redakteur suchte auch außerhalb Bremens verzweifelt nach Arbeit und quartierte sich dabei öfter bei Verwandten ein.

Anna Leinen: Verfolgen und verfolgt werden. Die Gestapo in Bremen 1933–1945, Staatsarchiv Bremen und Edition Falkenberg, Bremen 2026, Preis: 19,90 Euro.